

SENATORIN HAJDUK KÜNDIGT DIE KOOPERATION AUF

Mit der Finanzierungsvereinbarung vom 8.10.09. zwischen Bund und Hamburg zur Wilhelmsburger Reichsstraße schafft die Senatorin einseitig Tatsachen und beendet faktisch den Dialog

Am 4. Juni 2009 hatte die Senatorin zur ersten Arbeitsgruppe geladen: Der Titel des Verfahrens lautete: „Kooperativer Beteiligungsprozess zu Verkehrsprojekten im Hamburger Süden“.

Wir erinnern uns: Am 18. Februar 2009 hatte die Senatorin zu einer Bürgerversammlung geladen, um ihre Pläne zum Ausbau und zur Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße zu erläutern. Mit so viel Gegenwind hatte sie allerdings nicht gerechnet. Und es brauchte eine machtvolle Demonstration am 4. April und erneut 650 protestierende Bürger im Bürgerhaus am 21. April bis sie sich zu einem umfassenden Dialog bereit erklärte.

Die Entscheidung für ein solches Verfahren war ein mutiger Schritt und einer grünen Senatorin würdig; und Viele hofften auf eine neue Form des Umgangs zwischen Politik, Verwaltung und den Bürgern und Bürgerinnen vor Ort.

Der Beteiligungsprozess ist gegliedert in sechs „Kernarbeitsgruppen“ (KAG) und zwei öffentliche Workshops. In den Sitzungen der Kernarbeitsgruppe machte sich allerdings Ernüchterung breit: Von Kooperation im Sinne eines gleichberechtigten Meinungs-austausches war zunächst nichts zu spüren. Und „Beteiligung“ war offenbar als Einbahnstraße vorgesehen. Die Vertreter der Initiativen sollten vor allem informiert und in diesem Sinne an den Planungen der Behörde beteiligt werden. Außerdem hat sich die Senatorin zu keinem Zeitpunkt auf „Ergebnisoffenheit“ festgelegt.

Dennoch konnten sich die beteiligten Gruppen (von „Bürgerseite“ durften dabei sein: Verein Kirchdorfer Eigenheimer, Beirat Wilhelmsburg, Beirat Veddel, Runder Tisch Moorburg, Initiative Bostelbek, Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg) beharrlich und konstruktiv – und unterstützt von vielen anderen bei den zwei öffentlichen Workshops - zunehmend Gehör verschaffen.

Bei der 5. KAG am 5. Oktober hatte der Moderator Markus Birzer den Entwurf für ein Ergebnis-papier („Kontrakt“) vorgelegt, in dem auch die Vorschläge der Bürger als Alternative zu den bekannten Behördenplänen formuliert werden. Dazu gehörten:

- ❖ Prüfung eines Rückbaus der Wilhelmsburger Reichsstraße zu einem „Boulevard“ statt Ausbau zu einer autobahngleichen Fernstraße und Verlegung an die Bahn
- ❖ Vorschläge für ein Gesamtverkehrskonzept für den Hamburger Süden und den Hafen bei Verzicht auf den Bau neuer Autobahnen, insbesondere Verzicht auf die sog. Hafenuferspange
- ❖ Die Idee eines „Wissensparks Moorburg“ statt des sicheren Todes Moorburgs zwischen Querautobahn und Hafenerweiterung
- ❖ Vorschläge zur Entlastung der Wohngebiete auf der Veddel und in Bostelbek

Auch über diese Vorschläge sollte abschließend mit dem Ziel eines „Kontraktes“ beraten werden und die Ergebnisse Anfang November öffentlich im Bürgerhaus vorgestellt werden. (Nähere Infos über das laufende Beteiligungsverfahren: www.planenimdialog.de)

Keine 3 Tage später, am 8.Oktober, teilte die Senatorin über die Pressestelle des Senats mit: „Der Bund und Hamburg haben sich nunmehr auf eine gemeinsame Finanzierung der Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße nach Osten an die westliche Seite der vorhandenen Bahntrasse geeinigt.“

Und in einem Schreiben an die Mitglieder im Beteiligungsverfahren erläutert sie:
„Die Verhandlungen über die Finanzierungsvereinbarung sind nunmehr nach mehreren Monaten zum Abschluss gekommen. Ich habe im Beteiligungsverfahren stets deutlich gemacht, dass ich die Chance weiterer Weichenstellungen hin zu einer Verlegung – so sie sich parallel zum Beteiligungsverfahren bietet – nicht auslassen werde.“

Mit anderen Worten: Entschieden wird woanders. An Kooperation war in diesem Beteiligungsverfahren zu keinem Zeitpunkt gedacht.

11.10.2009